



Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter SPD**

Finanzielle Förderung des Freistaates Bayern für die örtlichen Integrationsbeiräte

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, finanzielle Fördermöglichkeiten für die Einrichtung und die Arbeit von Integrationsbeiräten in den Kommunen bereitzustellen.

Begründung:

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes verzeichnete in ihrem am 09.06.2020 vorgelegten Jahresbericht eine deutliche Zunahme der Anfragen zu rassistischer Diskriminierung (https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/20200609_Jahresbericht_2019.html?nn=6570036). Jede dritte Anfrage bei der Antidiskriminierungsstelle bezog sich auf Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft bzw. rassistischer Zuschreibungen. Die Zahl der Beratungsanfragen zu rassistischer Diskriminierung stieg um zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder forderte in einem Interview Anfang Juni 2020 „ein klareres Vorgehen gegen Rassismus“ (<https://www.sueddeutsche.de/leben/rassismus-muenchen-soeder-fordert-klareres-vorgehen-gegen-rassismus-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200608-99-348097>). Im Vorgehen gegen Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung spielen die Kommunen eine wichtige Rolle. Denn Erfahrungen mit Diskriminierung machen Menschen zum Beispiel am Arbeitsplatz, in der Schule oder auf dem Wohnungsmarkt. Eine wichtige Funktion beim Vorgehen gegen Fälle rassistischer Diskriminierung kommt deshalb den örtlichen Integrationsbeiräten zu. Die Einrichtung eines Integrationsbeirats stellt eine freiwillige Aufgabe der Kommunen dar; viele Kommunen in Bayern haben diese Möglichkeit bereits genutzt.

Die Möglichkeiten der verschiedenen Integrationsbeiräte, auf den kommunalen politischen Prozess einzuwirken und ihre Arbeitsinhalte öffentlichkeitswirksam zu vermitteln, sind dabei aufgrund unterschiedlicher finanzieller Unterstützungsmöglichkeiten der jeweiligen Kommunen sehr verschieden. Demokratische Partizipation sollte jedoch nicht von den finanziellen Rahmenbedingungen einer Kommune abhängig sein. Deshalb sollte die Staatsregierung finanzielle Fördermöglichkeiten für die Einrichtung und die Arbeit von örtlichen Integrationsbeiräten bereitstellen, um die Kommunen bei ihrem Einsatz gegen Rassismus und Diskriminierung und für ein gesellschaftliches Miteinander zu unterstützen.